

Statement von Memet Kilic
Vorsitzender des Bundesausländerbeirats (Deutschland)
(Federal Advisory Council on Foreigners / Germany)

ODIHR, Sitzung am 06.10.2008, ab 10:00 Uhr

Wir können den Rassismus, Xsenophobia, Antisemitismus und Islamopobia nur dann effektiv bekämpfen, wenn wir die Opfergruppen in ihren Rechten stärken.

Hierfür können insbesondere folgende fünf Maßnahmen - nicht abschließend - aufgezählt werden:

1.) Die Einbürgerungen von Migranten müssen erleichtert werden. Es dürfen keine unverhältnismäßig hohen Anforderungen an erforderliche Sprachkenntnisse gestellt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten drei Jahren die Einbürgerungsvoraussetzungen zum dritten Mal erschwert. Dies ist integrationspolitisch der falsche Weg.

2.) Ein kommunales Wahlrecht muss für alle nicht Staatsangehörige eingeräumt werden, die seit mehr als drei Jahren auf dem jeweiligen Staatsgebiet leben. In der Bundesrepublik Deutschland haben die Nicht-EU-Bürger, die Mehrheit der Migranten bilden, dieses Recht immer noch nicht.

Auch die politische Integration der Migranten muss eine große Bedeutung für die Mitgliedstaaten der OSCE haben.

3.) Familienzusammenführungen zu den Migranten und für den neuen Migranten müssen erleichtert werden.

Wenn die Betroffenen länger als drei Monate auf die Familienzusammenführung warten müssen, ist es nicht akzeptabel und stellt ein Grund- und Menschenrechtsverletzung dar. Im letzten Jahr haben die Staaten Frankreich und Deutschland die Voraussetzungen für die Familienzusammenführung unverhältnismäßig erschwert.

Dies entrechtet die Migranten und macht sie zur Zielscheibe von Rassismus, Xenophobia und diskriminierenden Handlungen.

4.) Die Personal- bzw. Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten müssen sich dahingehend ändern, dass auch die Migranten und deren Nachkommen an Erwerbsleben angemessen teilhaben können.

Die Mitgliedstaaten müssen entsprechende Politiken entwickeln, die die Beschäftigung von Migranten auch in anspruchsvollen Berufen wie Polizei, Lehrerschaft, Journalismus ect. fördern.

Die Mitgliedstaaten müssen jährliche Statistiken über die Beschäftigung von Migranten in den öffentlichen Dienst vorliegen.

5.) Die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten müssen besondere Fördermaßnahmen für die Migrantenkinder entwickeln. Der OECD-Bericht hat zum wiederholten Male Deutschland auf diesem Gebiet angemahnt.

Die Förderung der Muttersprachen der Migrantenkinder ist essentiell für die Identitätsentwicklung der Kinder. In einer globalisierten Welt ist es nicht mehr verständlich, dass die muttersprachlichen Fähigkeiten der Migrantenkinder in vielen Mitgliedstaaten zunehmend als Gefahr verstanden werden.